

Zur wissenschaftlichen Mitarbeit in dem durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsprojekt „Krisenresilienz im Verfassungsstaat: Die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln und Diagnostika im Rahmen einer (zukünftigen) Pandemie“ sind in der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft - Schumpeter School of Business and Economics

am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Öffentliches Wirtschaftsrecht und Sozialrecht,

zum nächstmöglichen Zeitpunkt, befristet bis zu 3 Jahren,

zwei Stellen als

Wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in (Doktorand*in)

mit 75 % der tariflichen Arbeitszeit

zu besetzen.

Stellenwert: E 13 TV-L

Informationen zum Projekt:

Im Rahmen einer Pandemie kommt es darauf an, dass innovative Arzneimittel (einschließlich Impfstoffe) und Diagnostika den Gefährdeten, Infizierten und Erkrankten schnell zur Verfügung stehen. Übergeordnete Zielsetzung des Projektes ist es, rechtswissenschaftliche Beiträge zu leisten, um ausgehend von den zu evaluierenden Experimentalerfahrungen aus der Corona-Pandemie das öffentlich-rechtliche Gesundheitsrecht für zukünftige pandemische Notlagen zu ertüchtigen. Dazu sind die zur Versorgung mit Arzneimitteln und Diagnostika ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie zu identifizieren, zu analysieren und zu evaluieren. Auf dieser Grundlage werden anschließend operationalisierbare und konkrete Maßgaben und Reformempfehlungen für die Versorgung mit Arzneimitteln (einschließlich Impfstoffen) und Diagnostika im pandemischen Not- oder Krankheitsfall entwickelt.

Fachliche und persönliche Einstellungsvoraussetzungen:

- Überdurchschnittlicher Abschluss eines juristischen Universitätsstudiums (1. oder 2. Staatsexamen mit Prädikat)
- Gute Kenntnisse im Öffentlichen Recht
- Vorkenntnisse im Recht der Gesundheitswirtschaft (insb. im Arzneimittel- und Medizinprodukte-recht sowie im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung)
- Interesse und Befähigung zu wissenschaftlichem Arbeiten (auch interdisziplinär)

Aufgaben und Anforderungen:

- Selbstständige und eigenverantwortliche Planung und Durchführung von Forschungsarbeiten im Rahmen des Projekts
- Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartner*innen aus pharmazeutischer Industrie und öffentlicher Verwaltung
- Organisation von Anhörungen, Workshops und Tagungen

- Publikation von Forschungsergebnissen in wissenschaftlichen Fachzeitschriften und Berichten
- Bereitschaft zur Teilnahme an Konferenzen

Es handelt sich um eine Qualifizierungsstelle im Sinne des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG), die zur Förderung eines Promotionsverfahrens dient (Dr. iur. oder Dr. rer. oec.) Die Stelle ist befristet für die Dauer des Promotionsverfahrens, jedoch vorerst bis zu 3 Jahren, zu besetzen. Eine Verlängerung zum Abschluss der Promotion ist innerhalb der Befristungsgrenzen des WissZeitVG ggf. möglich.

Kennziffer: 24340

Bewerbungen (mit Anschreiben, Lebenslauf, Nachweis des erfolgreichen Studienabschlusses, Arbeitszeugnissen, ggf. Nachweis einer Schwerbehinderung als PDF-Datei) sind grundsätzlich nur möglich über das Onlineportal der Bergischen Universität Wuppertal: <https://stellenausschreibungen.uni-wuppertal.de>. Unvollständig eingereichte Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden!

Fragen zur Stelle beantwortet Ihnen der Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht insb. Öffentliches Wirtschaftsrecht und Sozialrecht, Herr Prof. Dr. Sebastian Kluckert.

Bewerbungen von Menschen jeglichen Geschlechts und von Menschen mit Schwerbehinderung sind willkommen. Frauen werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes NRW bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Die Rechte der Schwerbehinderten, bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt zu werden, bleiben unberührt.

Bewerbungsfrist: 02.12.2024